

# Von Schmarotzern, Schocktherapien und Scheinlösungen

Zum Umgang EUropas mit der (Schulden)Krise

Überarbeitete Fassung des Vortrags von Elke Schenk beim Attac-Plenum,  
Stuttgart 14.1.2011

## Einleitung

Es ist eine Krise mit Ansage. Die Tinte unter dem Banken-Bail-out (alias Rettungsprogramme für die Stabilität des Finanzsystems) im Herbst 2008 war noch nicht trocken, als in der Wirtschaftspresse schon höhnisch zu lesen war, nach der Bankenkrise würden wir demnächst eine Krise der Staatsfinanzen erleben. Statt die Finanzmärkte zu entwapfen und sich ihrer Erpressung zu entledigen, ist außer Sonntagsreden und regulatorischer Symbolpolitik nichts geschehen. Indem der Chor der Medien - allen voran die BILD-Zeitung - das Lied vom dummen deutschen Michel intonierte, der anderen EU-Ländern die Party bezahlt, schuf man ein perfektes Ablenkungsmanöver von den Ursachen der Krise und den Folgen für die Bevölkerungen - und zwar der vermeintlich Geretteten wie der vermeintlichen Retter oder Noch-einmal-Davongekommenen.

Im Folgenden werde ich - ausgehend von der Beschreibung der länderspezifischen Situation vor allem in Griechenland, aber auch in Irland - darstellen, welche Maßnahmen die Regierungen der Euro-Zone im Verbund mit der EU-Kommission und dem IWF beschlossen haben und planen, um der Schulden- und Euro-Krise zu begegnen. Ich habe dabei versucht, propagandistische Vernebelungen zu entlarven („Schutzschirm“, „Rettung für Griechenland“, „Hilfspakete“, „Wir lassen keinen fallen“) und konkret darzustellen, wie insbesondere der EU-Schutzschirm funktioniert, wem er zugute kommt und wer die Kosten letztlich trägt. Im Kapitel Scheinlösungen werde ich darlegen, warum die beschlossenen und geplanten Maßnahmen nicht nur ungeeignet sind, die Probleme zu lösen, sondern die Perspektiven für die überschuldeten Länder, aber auch die Bürgerinnen und Bürger in Europa insgesamt verschlechtern. Zum Schluss werde ich einige not-wendige Maßnahmen skizzieren, wie auf diese Krise von einem emanzipatorischen, pro-europäischen Blickwinkel reagiert werden müsste.

Noch eine persönliche Bemerkung vorab:

Der Artikel beruht - über die aktuelle Thematik hinaus - auch auf der jahrelangen Beschäftigung mit der EU-Verfasstheit und -Politik sowie den insbesondere von Martin Zeis über den Globalcrisis-Verteiler zur Verfügung gestellten Analysen, die erlauben, das Geschehen an den Finanzmärkten zu verstehen und zu beurteilen. Wo politische Äußerungen die interessierte Bürgerin, die zu einem nachvollziehbaren Verständnis im Dschungel der Regierungsentscheidungen und Ankündigungen gelangen möchte, eher in die Irre führen, Nachfragen bei offiziellen Stellen unbeantwortet blieben oder mit Falschaussagen beschieden wurden, haben Martin Zeis und Claus Tscherning mich in ausführlichen Mailwechseln und klärenden Diskussionen zur Beurteilung der Verschuldungsproblematik und Bewertung des Euro-Rettungsschirms unterstützt.

## Wie man einen Sündenbock produziert

Als Griechenland im letzten Frühjahr wankte, war die nationalistisch-rassistische Weltsicht von den Stammtischen bis in die Professoren-Riegen noch in Ordnung: Man hatte endlich einen Sündenbock gefunden: Griechenland, die Lotterwirtschaft, die kollektive Verantwortungslosigkeit, der Schmarotzer und Betrüger Europas, der nun endlich einer gerechten Strafe zugeführt werden müsse. Die so undurchsichtigen und abstrakten Vorgänge der internationalen Finanzmärkte und -krise hatten endlich ein Gesicht. Den Gipfel der Diffamierung leistete sich der Focus mit seinem Titelblatt: Die Venus von Milo, die griechische Flagge um die Hüften geschlungen, zeigte dem Rest Europas den Stinkefinger, flankiert von der Schlagzeile: „Betrüger in der Euro-Familie“. Damit wurde Griechenland einer Todsünde bezichtigt, die eigene Familie zu betrügen rangiert gleich hinter dem Vatermord.

### Wie sieht die Lage in Griechenland aus?

Der griechische Staat hat ein Problem, seine Steuereinnahmen zu gewährleisten. Er treibt zu wenig Steuern von Reichen, Unternehmern, Selbstständigen ein. Griechische Wissenschaftler schätzen, dass dem Staat 30 % hinterzogener Mehrwertsteuereinnahmen entgehen und dass die Summe an Steuerhinterziehung 19 Mrd Euro ausmacht, 8 % des BIP.<sup>1</sup> Statistiken des griechischen Wirtschaftsministeriums zufolge haben 60 Prozent der Griechen im Jahr 2009 keine Einkommensteuer bezahlt. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2010 flossen nach Angaben der griechischen Zentralbank (Bank of Greece) 18,5 Mrd. Euro ins Ausland ab. Beliebte Ziele sind die Steuerparadiese London, Zypern, Schweiz.<sup>2</sup> Laut der konservativen griechischen Zeitung Kathimerini haben Steuerflüchtlinge aus Griechenland gar 600 Milliarden Euro auf Schweizer Konten angelegt!<sup>3</sup>

Griechenland steckt überdurchschnittlich viel Geld in seinen Rüstungshaushalt (6 % des BIP, 50 % mehr als die USA, dreimal so viel wie Deutschland).

Statt in ausreichendem Maße die Einnahmen, Gewinne und Vermögen der oberen 10 % abzuschöpfen, hat die griechische Regierung versucht, ihre Defizite zu verstecken. Dabei kam ihr die US-Großbank Goldman-Sachs gerne zu Hilfe, indem Kredite als Währungstauschgeschäfte getarnt wurden.

Allgemein kann man sagen, dass die Lage der arbeitenden Menschen zwischen Staatssektor und Privatwirtschaft sehr stark differiert.

Die rund 800000 Staatsbediensteten genossen bisher Vergünstigungen - einschließlich der Möglichkeit, ab dem 55. Lebensjahr in den Ruhestand zu gehen. Manche Regelungen für Staatsbedienstete lesen sich wie Schildbürgergeschichten:

Staatsbedienstete können durch diverse Boni bis zu 1300 Euro pro Monat hinzu verdienen. Extrageld gibt es für die Nutzung eines Computers, das Beherrschen einer Fremdsprache

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland634.html>; vgl. Aufruf griechischer Wissenschaftler, Mai 2010; dt. Übersetzung in: Sand im Getriebe, 8.7.2010, vgl. Ta Nea 3.1.2011

<sup>2</sup> Vgl. Interview mit Margarita Tsomou 12.08.2010, Griechische Akademiker erheben das Wort gegen den Rettungsmechanismus von IWF und EU <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33121/1.html> ; [http://news1.orf.at/100625-52701/?href=http%3A%2F%2Fnews1.orf.at%2F100625-52701%2F52580+txt\\_story.html](http://news1.orf.at/100625-52701/?href=http%3A%2F%2Fnews1.orf.at%2F100625-52701%2F52580+txt_story.html)

<sup>3</sup> Vgl. Kathimerini, [http://news.kathimerini.gr/4Dcgi/4Dcgi/w\\_articles\\_civ\\_22\\_10/02/2011\\_432011](http://news.kathimerini.gr/4Dcgi/4Dcgi/w_articles_civ_22_10/02/2011_432011) 10.2.2011, Übersetzung von eurotopics

oder das pünktliche Erscheinen am Arbeitsplatz. Forstbedienstete erhalten einen Bonus für das Arbeiten im Freien.

Aber dies ist nicht der Allgemeinzustand:

- Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt 41,6 Std gegenüber dem EU-Durchschnitt von 37,4 Stunden. Das mittlere Renteneintrittsalter liegt bei 61,4 Jahren und entspricht damit dem EU-Durchschnitt (vgl. Deutschland: 61,7 Jahre). Das Lohnniveau liegt bei nur 73 %, die Rentenhöhe bei 55 Prozent des EU-Durchschnitts. Jeder vierte Grieche verdient weniger als 750 Euro im Monat, und jeder fünfte Haushalt lebt unterhalb der Armutsschwelle.<sup>4</sup>

Der Tsunami der Finanzkrise seit 2008 hat auch in Griechenland zu einem Einbruch in den bedeutenden Wirtschaftszweigen geführt, vor allem in der Handelsschifffahrt, dem Tourismus und der Bauwirtschaft.

Zur derzeitigen kritischen Situation hat auch beigetragen, dass der griechische Staat in den letzten 2 Jahren 78 Mrd Euro an Garantien oder Kapitalhilfen für griechische Banken aufgewendet hat, das entspricht etwa einem Drittel des griechischen BIP und der Höhe von 2/3 des von IWF und EU bereitgestellten Rettungspaketes.

Man sollte sich auch einmal anschauen, welcher Ausverkauf des Landes nach dem EU-Beitritt stattgefunden hat - sehr ähnlich dem, was bei der EU-Süd-Ost-Erweiterung stattfand: Die staatliche Telekommunikationsgesellschaft gehört nun der Deutschen Telekom, die Pensionsverpflichtungen hat bei der Privatisierung der griechische Staat übernommen; griechische Banken wurden an Societe Generale oder an Credit Agricole verkauft, der privatisierte Athener Flughafen El. Venizelos gehört Hochtief, der griechische Handelsektor wurde durch Ketten wie Media Markt, Carrefour oder Lidl zerstört.<sup>5</sup>

An den hier aufgeführten Beispielen wird auch schon deutlich, dass sich die Kritik an der angeblichen griechischen Lotterwirtschaft sehr einseitig vor allem auf den Staatssektor und die Absicherung der Staatsbediensteten bezieht.

Die billige Deutung der Misere, die im Fall Griechenland funktioniert hat, geriet im Falle des europäischen Musterknaben Irland in die Bredouille: Schließlich hatten die Iren, der keltische Tiger, nach den neoliberalen EU-Regeln alles richtig gemacht: niedrige Unternehmenssteuern, um internationale Konzerne anzulocken, eine Konzentration auf die internationale Finanzindustrie als Wachstumsmarkt, der die irische Regierung mit Steueroasen und fehlender Regulierung ein ideales Umfeld bot. Ein hohes BIP, niedriges Haushaltsdefizit, geringe Arbeitslosigkeit galten als Erfolg der richtigen wirtschaftspolitischen Medizin.

Die irischen Staatsschulden sind erst in den letzten beiden Jahren explodiert in Folge der geplatzten Immobilienblase, die die irischen Banken ins Trudeln brachte. Die irische Regierung bevorzugte in der Vergangenheit neben der Finanzindustrie die Bauindustrie, die ausländische Kredite verwendete, um Immobilien zu errichten, die den Bedarf bei weitem

---

<sup>4</sup> Vgl. [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/wirtschaft/debatte\\_wirtschafts\\_und\\_finanzkrise/2608458\\_Griechenland-Kein-Volk-von-Fruherentnern-und-Faulenzern.html](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2608458_Griechenland-Kein-Volk-von-Fruherentnern-und-Faulenzern.html)

<sup>5</sup> Vgl. Interview mit Margarita Tsomou 12.08.2010, Griechische Akademiker erheben das Wort gegen den Rettungsmechanismus von IWF und EU <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33121/1.html>

überstiegen (vgl. auch Spanien).<sup>6</sup>

„Auf dem Höhepunkt überstieg die Summe ausstehender Kredite, Derivate und Hypothekendarlehen irischer Banken das irische Bruttoinlandsprodukt um fast das Vierfache.“<sup>7</sup>

Die irische Regierung hat den Banken ihre Hypothekenkredite abgenommen und in eine Bad Bank überführt und die Banken, die wegen der Abwertung der Vermögenswerte und Hypotheken um 60 % vor der Pleite standen, mit Milliarden gestützt.<sup>8, 9</sup>

## Schuldenkrise als Allgemeinzustand

Die Fokussierung in der öffentlichen Darstellung auf die wenigen, abwertend mit dem Akronym PIGS bezeichneten Länder verschleiert: Griechenland ist überall! Die Verschuldungsproblematik ist die Regel und nicht die Ausnahme. Ein paar aktuelle Zahlen vom Bundesfinanzministerium sollen das belegen:

Unter den Euroländern liegen lediglich Zypern, Finnland, Slowenien, die Slowakei, Luxemburg und das Neumitglied Estland unter der Maastricht-Grenze von 60 %. Auch die schwäbische Hausfrau aus Mecklenburg-Vorpommern schiebt einen Schuldenberg von fast 76 % des BIP vor sich her, ebenso Großbritannien mit 78 %, Frankreich 83 %, Italien knapp 120 %. Belgiens Staatsverschuldung hatte 1993 140 % erreicht, ohne dass der Bankrott erklärt werden musste. Japan als Spitzenreiter der Industrieländer ist mit 192 % des BIP verschuldet<sup>10</sup>. Die Schweizer UBS allein hat ausstehende Kredite in Höhe des Vierfachen des Schweizer BIP. Damit müsste die Schweiz dieselben Probleme haben wie Irland.

Ende des vergangenen Jahres lagen die US-Staatsschulden - ohne Berücksichtigung der Verbindlichkeiten aus Sozial- und Rentenkassen - bei 14.000 Milliarden (= 14 Billionen) Dollar oder knapp 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, nachdem sie alleine im Jahr 2010 um 1,7 Billionen Dollar oder um knapp 14 Prozent zugenommen hatten. „Das Zwillingdefizit der USA im Fiskaljahr 2009/10 betrug kräftige 14,55%, selbst eines mit diversen statistischen Methoden überzeichneten nominalen BIPs!“ Um dieses Defizit zu finanzieren, brauchen die USA derzeit täglich ! 5,7 Mrd Dollar. Diese erhalten sie nur, weil die drei US-Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit der USA nach wie vor bei der Bestnote halten, obwohl die USA

---

<sup>6</sup> Vgl. <http://taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/dubliner-pyramidenspiel/>

<sup>7</sup> Wieslaw Jurczenko: Euroland in Bankenhand. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2011/01

<sup>8</sup> Im Herbst 2009 wurde die staatliche Auffanggesellschaft („Bad Bank“) gegründet, „die National Asset Management Agency (Nama). Die Nama habe von den fünf größten Krisenbanken 11.000 Hypothekenkredite in Nominalwert von 71,2 Milliarden Euro erworben - eine Summe, die knapp 45 Prozent des irischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die Nama zahlte den Banken nur 42 Cent je Euro für ihre Schrotthypotheken. Der Verkauf riss riesige Löcher in die Eigenkapitaldecken der Banken, die vom Staat aufgefüllt werden mussten und schließlich die Reserven des kleinen Landes überforderten. Inzwischen wird mit Gesamtkosten für die Bankenrettung von bis zu 85 Milliarden Euro gerechnet. faz.net 22.12.2010

<sup>9</sup> Johann-Günther König: Keltischer Tiger an kurzer Leine. In: Ossietzky, 25/2010 „Mehr als 600 »Geistersiedlungen« mit bezugsfertigen Häusern oder Bauskeletten - bis 2010 durch Steuererleichterungen begünstigt - stehen nun dem Verfall preisgegeben im Land;

<sup>10</sup> Tabelle Staatsschulden im internationalen Vergleich in % des BIP. Monatsbericht des BMF für November 2010, veröffentlicht Dez. 2010.

Vgl. auch [www.andreas-wehr.eu/bestraft-griechenland.html](http://www.andreas-wehr.eu/bestraft-griechenland.html)

Anfang 2011 vor der Zahlungsunfähigkeit stehen.<sup>11</sup>

Bezieht man auch die außerbilanziellen Schulden mit ein, z. B. die in Schatten- und Nebenhaushalten als Sondervermögen deklarierten Pensionsverpflichtungen oder Bürgschaften und Verluste aus der Bankenrettung, sieht das Ergebnis noch dramatischer aus. " Inklusive der außerbilanziellen Schulden kommt Deutschland vielleicht auf ein Verhältnis der Schulden zur Wirtschaftsleistung von 400 Prozent, bei anderen Ländern sind es bis zu 800 Prozent."<sup>12</sup>

"Führte der (britische) Staat eine betriebliche Buchhaltung, stünde er mit einer Überschuldung von 2.700 Mrd. £ bis 4.000 Mrd. £ da; Garantien von 1.000 Mrd. £ bis 1.500 Mrd. £ für die in der Finanzkrise geretteten Banken noch gar nicht eingerechnet. Die effektive Staatsschuld beträgt somit horrend 186 bis 277 Prozent des Bruttoinlandprodukts, ein Vielfaches der ausgewiesenen Nettofinanzschulden."<sup>13</sup>

Deutschland und Frankreich haben über Jahre - schon vor der Finanzkrise - das Maastricht-Kriterium von 3 % Neuverschuldung gerissen, nicht Irland oder Spanien. Zur Zeit gibt es nur 2 Länder der Eurozone, gegen die kein Defizitverfahren der EU-Kommission läuft.

## **Rettungspakete und weitere Maßnahmen**

Ich gebe zunächst einen Überblick über die verschiedenen Rettungspakete und Maßnahmen, mit denen die Regierungen der Eurozone die Schuldenkrise anzugehen versuchen, und gehe dann auf einzelne Punkte genauer ein:

1. Gesondertes Kreditpaket für Griechenland in Höhe von 110 Mrd Euro (deutscher Anteil daran 22 Mrd Euro)
2. Das in den Medien Rettungsschirm genannte Kreditpaket in Höhe von 750 Mrd Euro, aufgeteilt in Beiträge der Kommission, des IWF und der Euroländer, befristet bis 2013
3. Die Möglichkeit für die EZB private und staatliche Anleihen aufzukaufen.  
Schon seit Ausbruch der Finanzkrise in 2008
4. Die Möglichkeit für Banken, sich zu einem sehr niedrigen Zinssatz bei der EZB zu refinanzieren und dabei auch minderwertige Sicherheiten hinterlegen zu können.

Als weitere Maßnahmen, die die Ursachen der Schuldenkrise angehen sollen:

5. Einführung des „europäischen Semesters“ ab 2011
6. Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Maastricht-Kriterien)
7. Neuer Krisenmechanismus ab 2013 (ESM), der incl. einer Vertragsänderung beim Dezember-Gipfel des europäischen Rates beschlossen wurde.

---

<sup>11</sup> Zwillingsdefizit in Hochform, wirtschaftsquerschuss 17.12.2010  
<http://www.querschuesse.de/zwillingsdefizit-in-hochform/>

<sup>12</sup> Bernhard Scherer, Finanzprofessor an der Edhec Business School in London, in Hbl, 29.7.2010 ; Vgl. <http://www.jjahnke.net/rundbr80.html#2254> nach OECD Deputy Director Directorate for Financial and Enterprise Affairs ca. 1.3 Billionen Euro - das Gesamtvolumen an Schattenhaushalten, einschl. 148 Mrd Euro für Euro-Rettungsfond, 16 Mrd Euro für EZB-Risiken aus Anleihenkauf der Schwachländer und 7,5 Billionen Euro nicht gedeckter künftiger schon entstandener Rentenverpflichtungen dürfte in der Größenordnung von 8,8 Billionen Euro liegen oder viermal die jährliche deutsche Wirtschaftsleistung

<sup>13</sup> Öffentlicher Sektor Großbritanniens unbezahlbar. In: Neue Zürcher Zeitung - 21.07.2010

## Zu Punkt 2

Der erste Teil des „Rettungsschirms“ umfasst das Recht der EU-Kommission bis zu einer Höhe von 60 Mrd Euro Kredite auf dem Markt aufzunehmen (Anleihen zu begeben). Für diese Anleihen bürgen alle EU-Länder. Der zweite Teil (Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM) besteht aus bilateralen Garantien (Bürgschaften) der Euro-Staaten über eine Gesamtsumme von bis zu 440 Milliarden Euro, von denen nach der jetzigen Praxis nur ein Teil (250 - 310 Milliarden) für Kredite zur Verfügung steht. Es wurde am 7. Juni 2010 eine spezielle Zweckgesellschaft gegründet, in die die Bürgschaften eingehen, die sog. Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF), eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischem Recht.<sup>14</sup> In ihrem Direktorium sitzen die Vertreter der Euroländer. Die Gesellschaft selbst unterliegt luxemburgischem Recht, die schriftlichen Vertragsvereinbarungen „und **jegliche nicht vertraglich geregelte Verpflichtungen**, die sich [...] im Zusammenhang damit ergeben, unterliegen englischem Recht“ (Hervorh. E. S.)<sup>15</sup> Da möchte man als BürgerIn und Bürge ja schon gerne wissen, welche Verpflichtungen in Nebenabreden eingegangen wurden.

Darlehen können bis spätestens 30.6.2013 beantragt werden. Die „**unwiderrufliche(n) und unbedingte(n) Bürgschaften [...] der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets**“<sup>16</sup> (Hervorh. E. S.) laufen aber bis zur vollständigen Tilgung der gewährten Darlehen.

Bevor ein Land Geld vom EFSF erhält, muss es mit der EU-Kommission ein Memorandum of Understanding aushandeln, - ähnlich dem Vorgehen des IWF. Diese MoUs „regeln die Haushaltsdisziplin und wirtschaftspolitischen Leitlinien der jeweiligen Staaten“.

### Was macht die EFSF?

Die EFSF wird die Gewährung der genannten Darlehen (an die überschuldeten Länder, E. S.) durch die Emission beziehungsweise Übernahme von Anleihen, Schuldscheinen, Liquiditätswechsell, Schuldverschreibungen oder anderen Formen [...] finanzieren.<sup>17</sup>

Die EFSF wird nicht nur Anleihen begeben können, sondern soll Staatsanleihen direkt oder auf dem Sekundärmarkt aufkaufen können. Das heißt, dass die EFSF den 'Investoren' alte Anleihen abnimmt, damit sie die neuen, die mit größeren Garantien unterlegt sind, kaufen. Das aber würde letztlich bedeuten, dass die Staaten faktisch auch für Altschulden bürgen, obwohl das offiziell nicht der Fall sein soll. Es kann laut EFSF-Vertrag auch beschlossen werden, die Rettungsmittel „für andere Zwecke“ einzusetzen, z. B. um Banken vor der Pleite zu bewahren.<sup>18</sup> Sollten diese Vorschläge alle realisiert werden, wozu es nur der Zustimmung der Eurozonen-Regierungen bedarf, (die Abgeordneten der nationalen Parlamente haben einmal wieder Blankoschecks unterschrieben), wäre die EFSF m. E. eine gigantische Bad Bank der Eurozone.

<sup>14</sup> Vgl. Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 7. Juli 2010 zum Thema Europäische Finanzstabilitätsfazilität und Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus sowie künftige Maßnahmen <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0277+0+DOC+XML+V0//DE>

<sup>15</sup> EFSF Rahmenvertrag, S. 32

<sup>16</sup> EFSF, Rahmenvertrag, S. 8

<sup>17</sup> [http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_54/DE/Wirtschaft\\_und\\_Verwaltung/Europa/20100609-Schutzschirm-Euro.html?nnn=true](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_54/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20100609-Schutzschirm-Euro.html?nnn=true) (s. dort die Links zu den Vertragstexten)

<sup>18</sup> Vgl. Rettungsschirm wird für Deutschland noch teurer. In: FAZ 15.1.2011 und: Barroso bietet Merkel die Stirn. In: ftd, 15.1.2011

Den sogenannten Rettungsschirm vertraten die EU-Staaten vor ihren Bürgern mit den Argumenten, seine bloße Existenz werde Spekulanten abschrecken und die Zweckgesellschaft könne am Markt günstiger Kapital aufnehmen als der überschuldete Einzelstaat. Dem scheint aber nicht so zu sein. Die ersten Amtshandlungen des deutschen Chefs der EFSF, Klaus Regling, bestanden darin, zu den drei US-amerikanischen Ratingagenturen zu fahren, um von ihnen die beste Bonitätsbewertung zu erbetteln, sowie knapp 200 der wichtigsten Anleger zu treffen, um sie für die neuen Anleihen zu interessieren.<sup>19</sup>

Zur Person von Regling: Der Volkswirt bekleidete in den vergangenen 35 Jahren hochrangige Positionen beim Internationalen Währungsfonds, im Finanzministerium, kurze Zeit bei einem Hedgefonds und von 2001 bis 2008 in der EU-Kommission. Er gilt als Vater des Stabilitätspaktes unter Ex-Finanzminister Waigel.<sup>20</sup>

Den Kapitalgebern ist dabei klar, dass die Bürgschaften nur bedeuten, die Schulden der einen durch Schulden der anderen zu ersetzen, und sie verlangen höhere Sicherheiten. Um die Bürgschaften der Euro-Länder im Sinne der Kapitalgeber mit ausreichend Substanz zu unterfüttern, sehen die Regularien des EFSF verschiedene Maßnahmen zur Bonitätssteigerung vor, von der Garantie von 120 % der Kreditsumme bis hin zur Hinterlegung von realen Werten („warehousing arrangements“) der Euroländer als Pfand.<sup>21</sup> Im Gespräch ist derzeit, dass die Euroländer den Rettungsschirm mit einem Kapitalstock unterlegen. Unklar ist, wer letztlich den Zugriff auf das Pfand erhält - die zahlenden Staaten, die EFSF oder die Investoren? .

<sup>22</sup> <sup>23</sup> Der ftd-Finanzredakteur Tobias Bayer urteilt,

die Zweckgesellschaft sei „der Albtraum eines jeden Verfassungsrechtlers: eine private Gesellschaft luxemburgischen Rechts, über die die öffentliche Hand für Milliarden bürgt, die erst einmal in keinem Haushalt auftauchen.“<sup>24</sup> <sup>25</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. Christopher Ziedler: *Rettungsschirm für Euro-Länder*.

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/ein-buero-fuer-440-milliarden/1889914.html> 23.7.2010; vgl. Robert Heusinger, *Der Euro-Retter* in: FR, 30.12.2010

<sup>20</sup> Robert Heusinger, *Der Euro-Retter*, in: FR, 30.12.2010

<sup>21</sup> Vgl. [http://www.bundesfinanzministerium.de/nr\\_54/DE/Wirtschaft\\_und\\_Verwaltung/-Europa/20100609-Schutzschirm-Euro.html?\\_nn=true](http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_54/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/-Europa/20100609-Schutzschirm-Euro.html?_nn=true) (s. dort die Links zu den Vertragstexten) Ziel der Übersicherung ist, dass nicht nur für die Kreditsummen, sondern auch für die Zins- und Zinseszins-Zahlungen gebürgt wird.

<sup>22</sup> EFSF, Rahmenvertrag, S. 16: „Unter anderem können diese Maßnahmen zur Bonitätssteigerung auch die Gewährung von nachrangigen Darlehen an die EFSF, zeitweilige Übernahmen (warehousing arrangements), Liquiditätslinien oder Auffangfazilitäten umfassen oder die Emission durch die EFSF von nachrangigen Schuldscheinen.“ "Warehouse financing is a form of inventory financing in which goods are held in trust as collateral for the loan. The inventory is placed in a > secure, locked area and access by unauthorized persons is not allowed. Frequently, a guard is hired to guarantee that the items that serve as collateral are not moved without the lender's permission." <http://campus.murraystate.edu/academic/faculty/larry.guin/FIN480/WHfinancing.htm>

<sup>23</sup> EFSF Rahmenvertrag: „Die EFSF kann von den Sicherungsgebern auch die Übernahme von Bürgschaften [...] für andere Zwecke verlangen, [...] die es ermöglichen, für die von der EFSF ausgegebenen Finanzierungsinstrumente ein qualitativ hohes Rating zu erhalten und aufrecht zu erhalten“

<sup>24</sup> Tobias Bayer: Europas Paulson-Moment. 14.7.2010

<http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/services/nachrichten/ftd/PW/50143354.html>

<sup>25</sup> Vgl. Entschließung des Europäischen Parlamentes, a.a.O. Und das Europäische Parlament beklagt, dass es „trotz der möglicherweise erheblichen Auswirkungen dieses Mechanismus auf den EU-

Für die BürgerInnen als Bürgen letzter Instanz ist die Rangfolge der Gläubiger von Bedeutung für den Fall, dass Tilgung oder Zinsen nicht bedient werden. Aus dem Finanzministerium erhielt ich auf meine Nachfrage zur Rangfolge der Gläubiger zuerst eine ausweichende Antwort und dann die Mitteilung, der IWF und EU-Staaten seien gleichrangig. EFSF-Chef Regling und die Wirtschaftspresse scheinen es besser zu wissen:

Auf die Frage, warum die „EFSF [...] im Gegensatz zum IWF kein vorrangiger Gläubiger“ sei, antwortet der Chef des EFSF, Klaus Regling im Interview:

„Das Thema wurde diskutiert und letztlich so entschieden. Wenn ein Land zu viele vorrangige Gläubiger hat, sinkt seine Attraktivität für private Investoren. Sie würden fürchten, dass im Ernstfall die anderen das Geld bekommen.“<sup>26</sup>

Das heißt, bei einer Zahlungsunfähigkeit und nötiger Umschuldung werden die Kredite des IWF vorrangig bedient. Für die vom EFSF vergebenen Kredite mit Nachrangigkeit wird dann die Bürgschaft der Euroländer fällig, um den Investoren zu gewährleisten, dass sie ihr Geld in voller Höhe zurück erhalten. Ein sog. Haircut geht auf Kosten der Steuerzahler.

Aus den EFSF-Mitteln erhält erstmals Irland 22,5 Mrd + je 22,5 Mrd von EU-Kommission und IWF. Auf die Kredite, die Irland über die EU-Kommission und den EFSF erhält, muss es einen Zinsaufschlag zahlen, d. h. für Irland sind die Kosten deutlich höher als für die EFSF oder die EU-Kommission

Zu Punkt 3

Die EZB darf offiziell das erste Mal Anleihen von Staaten, aber auch privaten Akteuren, also Banken oder Unternehmen, kaufen (vgl. das Securities Market Program SMP).

Die EZB-Satzung (Artikel 18) und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) (Artikel 123) verbieten ausdrücklich den direkten Kauf von Staatsanleihen durch die EZB, da keine monetäre Finanzierung nationaler Haushalte erfolgen darf. Diese Regelung wird dadurch umgangen, dass die EZB nur auf dem Sekundärmarkt aufkauft, nicht bei der Erstemission durch die Staaten.<sup>27</sup>

Zu Punkt 5

Das Europäische Semester, das im Januar 2011 starten soll, ist eine der ersten Initiativen der "Task Force on economic governance" (*Arbeitsgruppe "Wirtschaftsregierung"*) unter Leitung von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy.

- Das Verfahren sieht vor, dass die Mitgliedstaaten vorab ihre langfristige Finanzplanung jeweils im April an Brüssel melden. Im Juni und Juli geben Europäischer Rat und EU-Kommission Politikempfehlungen für nationale Reformprogramme ab. Die nationalen Haushalte sollen erst danach verabschiedet werden.<sup>28</sup>

---

Haushalt nicht in die Beschlussfassung einbezogen wird, da die Fazilität durch eine Verordnung des Rates gemäß Artikel 122 Absatz 2 AEUV geschaffen wurde"

<sup>26</sup> Interview mit Klaus Regling, 25.10.2010 <http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/es-soll-nicht-billig-sein-von-uns-geld-zu-borgen-443971/index.do>

<sup>27</sup> Vgl. Werner Mussler, Patrick Welter: Wie der Euro-Rettungstopf funktioniert. In: FAZ, 10.5.2010 <http://www.faz.net/s/Rub3ADB8A210E754E748F42960CC7349BDF/Doc~EB9FB344E569D4398B6B9EB94FD833949~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

<sup>28</sup> Vgl. <http://www.euractiv.de/druck-version/artikel/das-europaische-semester-signalgeber-fr->



- Den Parlamenten werden die Mittel zur Erreichung der Haushalts- und Wachstumskennzahlen von den Exekutiven vorgegeben, wie z. B. weitere Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt, Privatisierung der Alterssicherung und Erhöhung des Renteneintrittsalters oder die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Senken der Lohnkosten.
- Ausdrücklich sollen nicht Leistungsbilanzüberschüsse angeprangert werden.

#### Zu Punkt 6

Die Arbeitsgruppe unter dem EU-Ratspräsidenten Van Rompuy beschloss eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Der Europäische Rat hat die Ergebnisse schon gebilligt. Die EU-Kommission muss nun verschiedene Rechtsakte ausarbeiten; Rat (Ecofin) und EU-Parlament sollen ihnen zügig bis Sommer 2011 zustimmen.<sup>29</sup> Im einzelnen ist folgendes vorgesehen:

- Einführung eines sog. präventiven Arms, der den Euroländern Sanktionen androht schon für den Fall, dass ihr Defizit kleiner als 3 % ist. Verpflichtung das strukturelle Staatsdefizit um ein halbes Prozent des BIP pro Jahr zu reduzieren;
- automatische Sanktionen, wenn das Defizit größer als 3 % ausfällt. Sie sollen nicht wie bisher durch eine qualifizierte Mehrheit beschlossen werden, sondern können nur durch qualifizierte Mehrheit abgewehrt werden.
- EU-Währungskommissar Olli Rehn will erreichen, dass ein Defizitsünder schon bei der Eröffnung eines Strafverfahrens ein Pfand von 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung (!) unverzinslich bei der EU-Kommission hinterlegen muss. Der CDU- Europaparlamentarier Werner Langen begrüßte den Vorstoß Rehns. " Mit quasi-automatischen Sanktionen für Defizitsünder kann es endlich die notwendige Haushaltsdisziplin für einen langfristig stabilen Euro geben. **Wenn Sanktionen wirklich eintreten können, dann schrecken sie ab wie Massenvernichtungswaffen.**"<sup>30</sup> (Hervorh. E. S.)
- Verpflichtung die Staatsverschuldung um 5 % pro Jahr zu reduzieren
- Die Sanktionsmöglichkeiten selbst werden ausgedehnt: Es bleibt nicht nur bei Geldstrafen wie bisher, sondern die Kürzung von EU-Fördergeldern (aus Kohäsions-, Struktur-, Agrarfonds) sollen möglich werden, falls das Land keine radikale Sparpolitik einleitet
- Falls Staaten die Prinzipien der WWU schwerwiegend verletzen, soll als Sanktionsmöglichkeit sogar das Aussetzen des Stimmrechtes im Rat eingeführt werden. Dies wurde und wird von der Bundesregierung vor allem gefordert.

Obwohl sich die eben genannten Maßnahmen schon im europäischen Gesetzgebungsverfahren befinden, hat die Bundesregierung noch einmal nachgelegt und vorab Frankreich für die Merkel'schen Pläne zur „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ gewinnen können, die nun in den 'Pakt für den Euro' gemündet sind. Die deutsche Schuldenbremse soll in allen

---

[politik-und-markte-003619](#)

<sup>29</sup> Vgl.

[http://www.bundesfinanzministerium.de/nr\\_113750/DE/BMF\\_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht\\_des\\_BMF/2010/11/analysen-und-berichte/b04/node.html?nnn=true](http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_113750/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2010/11/analysen-und-berichte/b04/node.html?nnn=true) (Abruf 29.12.2010)

<sup>30</sup> Zit. nach „Härtere Zeiten für EU-Schuldensünder“, in: URL: <http://www.manager-magazin.de/politik/artikel/0,2828,720261,00.html> 29. September 2010

Euroländern eingeführt werden. Eine Abkehr von der deutschen Exportfixiertheit enthält der Plan nicht. Der Widerstand von Seiten der anderen EU-Länder gegen den Inhalt und die Art, wie Merkel ihre Vorstellungen durchdrücken wollte, ist erheblich: "There were 18, 19 countries who spoke up to make known their regret on the way it was presented and also on the content," zitiert das Wall Street Journal den Belgischen Premierminister Leterme.<sup>31</sup>

Zu Punkt 7

Um den neuen Krisenmechanismus ab 2013 rechtlich zu verankern, wurde Artikel 136 des AEUV mit einem «vereinfachten Änderungsverfahren» um zwei Sätze ergänzt.

«Die Mitgliedsstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.»

Diese Änderung ist erforderlich, da die EU-Verträge bislang das No-bail-out vorschreiben (Art. 125 AEUV) und die Bundesregierung Klagen vor dem Verfassungsgericht zuvor kommen möchte. Auf erste Details dazu haben sich die EU-Finanzminister geeinigt: Der neue Krisenmechanismus soll 620 Milliarden Euro umfassen zuzüglich einer Kapitaleinlage von 80 Mrd. Deutschland soll davon 170 Mrd Euro an Bürgschaften und knapp 22 Mrd an Bareinlage beisteuern. Die endgültigen Beschlüsse sollen die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel am 24. und 25.3. fassen.

## **Schocktherapien: Statt Schutz-Schirm die Schirm-Herrschaft**

Die Kredite von EU und IWF werden nur unter der Bedingung von strengen Sparauflagen vergeben (Konditionalität; Strukturanpassungsprogramme). Im ersten Jahr muss Griechenland sein Haushaltsdefizit um 6,5 Prozentpunkte des BIP reduzieren. „Deutschland müsste bei einer solchen Auflage rund 200 Milliarden Euro einsparen.“ (FAZ, 7.5.2010), bei einem Bundeshaushalt von etwa 300 Mrd. Euro!

1. Griechenland wird von der EU-Kommission sofort in Verzug gesetzt  
=> Es muss schneller als andere Defizitsünder die Maastricht-Kriterien erreichen.
2. Die griechische Souveränität ist aufgehoben: EU-Kommission und IWF betreiben eine enge Überwachung des griechischen Haushaltes, bis hin zur wöchentlichen Berichtspflicht.
3. Jede neue Kredit-Tranche wird von IWF und EU dazu benutzt, weiter Druck auszuüben. Die verlangten Sparanstrengungen müssen beschlossen sein, bevor auch nur ein Euro fließt.
4. Per Notfallverordnung soll im Konfliktfall das Militär gegen Demonstranten eingesetzt werden.<sup>32</sup>

Maßnahmen der griechischen Regierung:

- Kürzung der Löhne im öffentlichen Dienst um 15 - 20 %

<sup>31</sup> Vgl. Wall Street Journal, European Leaders Clash at Summit  
<http://online.wsj.com/article/SB10001424052748704709304576123751044549920.html>

<sup>32</sup> Vgl. Ralf Streck, in: telepolis, 9.8.2010; [www.andreas-wehr.eu/bestraft-griechenland.html](http://www.andreas-wehr.eu/bestraft-griechenland.html)

- Rentenkürzungen
  - Erhöhung der Mehrwertsteuer um 4 Punkte auf 23 %
  - Weitreichende Privatisierungen (z. B. Staatsbahn, Flughäfen, Häfen, öffentliche Wohnungsgesellschaften). Griechenland hat kürzlich zugesagt, Privatisierungserlöse von 50 Mrd Euro erwirtschaften zu wollen, um die Euro-Regierungen zu einer Senkung seiner Zinslast zu bewegen.
  - Verteuerungen öffentlicher Dienstleistungen, z. B. Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr um 30 - 50 %<sup>33</sup>
  - Ausweitung von Public Private Partnership
  - Liberalisierung des Energiemarktes bis Ende 2010
  - die geplante Reduzierung der Körperschaftssteuer von 24 auf 20 % wird vorgezogen von 2014 auf 2011
  - der Arbeitsmarkt wird dereguliert: Überstundenzuschläge werden gekürzt, Probezeiten verlängert auf 1 Jahr; es wird eine untertarifliche Entlohnung erlaubt, die bis zu 25 % unter den jeweils niedrigsten Tariflöhnen liegen darf; Zeitarbeit und Entlassungen werden erleichtert.<sup>34</sup> Dieses Gesetz wird selbst von der konservativen Presse als „Rückkehr ins arbeitsrechtliche Mittelalter“ gescholten.<sup>35</sup> Gleichzeitig wollte der Finanzminister 3/4 der ausstehenden Steuerschuld von Reichen und Selbständigen in Höhe von 24 Mrd Euro abschreiben.
- Alle Kürzungen zusammen führen für den Großteil der Griechen zu einer Senkung des Lebensstandards um 15 - 25 %.

## Irland

Für das kommende Jahr sieht die Regierung Einsparungen von sechs Milliarden Euro vor, unter anderem sollen drastische Kürzungen bei den Sozialleistungen, einschließlich Pensionen sowie Arbeitslosen- und Kindergeld vorgenommen werden. Bei den kleinen Einkommen hat etwa ein durchschnittlicher Industriearbeiter wegen der steigenden Einkommensteuer rund 1400 Euro pro Jahr weniger in der Tasche - gut fünf Prozent seines Einkommens. Das Kindergeld sinkt um 10 Euro pro Kind und Monat. Pensionen über 12.000 Euro pro Jahr werden um

<sup>33</sup> In Griechenland hat sich dagegen die wachsende „Bewegung der Nichtzahler“ gebildet. "Die Kommerzialisierung von öffentlichen Gütern ist das neue Eldorado des Kapitalismus geworden und die letzte Hoffnung auf die Verbesserung seiner Profite. ... Der Neoliberalismus hat sich als ultimatives Ziel die Eroberung aller Handlungsfelder des Wohlfahrtsstaats gesetzt. ... Der Straßenbau wurde nach und nach zur Beute für verschiedene Auftragnehmer, dann wurde er der 'Ko-Finanzierung' übergeben, um schließlich vollkommen privat zu enden wie das nationale Straßennetz. ... Daher ist die Dämonisierung der Gratis-Bewegung und der Nichtzahler gar nicht so unschuldig, wie sie erscheint. Die Gegner der Nichtzahler verteidigen nicht ein allgemeines Recht, sondern sie wollen eine neue Form des öffentlichen Umgangs mit Gütern der Allgemeinheit legitimieren, wo der Staat nicht nur Garant für die Privatisierung öffentlicher Güter ist, sondern auch für die Profite der Firmen, die die Güter enteignet haben." Kolumnist Giannis Kibouropoulos in der Wirtschaftszeitung O Kosmos tou Ependiti:(13.02.2011) Übersetzung eurotopics

<sup>34</sup> Vgl. Papandreou entlastet Unternehmen, Hbl, 13.9.2010, Eleftherotypia, 17.6.10); Vgl. Ankündigung des griech. Finanzministeriums vom 2.6.2010 <http://www.mnec.gr/en/> Vgl. Niels Kadritzke, Griechenland - Gibt es einen Ausweg aus der Sackgasse? Teil V, in Nachdenkseiten, 23. Dezember 2010 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=7863#more-7863>

<sup>35</sup> Kadritzke, in Nachdenkseiten, a.a.O.

vier Prozent gekürzt. Das Einkommen für Neueinsteiger im öffentlichen Dienst sinkt generell um zehn Prozent.<sup>36</sup> 25.000 Beschäftigte sollen aus dem Öffentlichen Dienst geworfen werden.

Das schlimmste aus meiner Sicht jedoch ist, dass Irland seinen eigenen Beitrag zu seiner vorgeblichen Rettung in Höhe von 17,5 Milliarden Euro durch Rückgriff auf den nationalen Rentenreservefonds, also die Plünderung der staatlichen Rentenkassen, leistet. Die europaweit niedrigste Unternehmenssteuer von 12,5 % wird nicht erhöht.

Im vergangenen Jahr wurde in der öffentlichen Wahrnehmung fast völlig vergessen, dass die neuen EU-Mitglieder in Mittel-Ost-Europa seit 2008 heftig unter der Krise zu leiden haben und Kredite der EU-Kommission wie auch des IWF erhalten. Ich möchte als ein Beispiel nur Rumänien herausgreifen, in dem dieselbe Medizin verordnet werden musste, um eine weitere Tranche des 20-Milliarden-Kredits zu erhalten:

- Entlassung von bis zu 100.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst,
- Rentenkürzung um 15 Prozent,
- Halbierung des bezahlten Erziehungsurlaubs,
- Senkungen der Beamtgehälter um 25 %,
- Erhöhung der MWSt um 5 Punkte auf 24 %<sup>37</sup>

„Das Ergebnis dieser Pein: ein prognostiziertes Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent in diesem Jahr, [...] die kleinste Wachstumsrate in Mittel- und Osteuropa“, nach einem Rückgang des BIP um 10 % in den vergangenen beiden Jahren<sup>38</sup>.

Im vorausseilenden Gehorsam vor den Finanzmärkten hat auch Spanien harte Sparprogramme beschlossen, da es in 2011 eine größere Summe Staatsanleihen refinanzieren muss. Schon im vergangenen Jahr hat die spanische Regierung Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, Streichung des Kindergeldes, Eliminierung der Bezüge für Langzeitarbeitslose und die Lockerung des Kündigungsschutzes beschlossen. 700.000 Langzeitarbeitslose verlieren die erst im Laufe der Krise zugestandene monatliche Sonderhilfe von 426 Euro ab Februar, und das bei einer Arbeitslosigkeit von 20 %. Durch eine Änderung bei der Berechnungsgrundlage wird es zu Rentenkürzungen kommen. Und nur wer mehr als 37 Jahre einbezahlt hat, darf weiterhin mit 65 in den Ruhestand gehen. Für den Rest wird ein Rentenalter von 67 gelten. Für kleine und mittlere Unternehmen - 89 Prozent aller spanischen Unternehmen - fallen nur noch 25 % Steuern statt bisher 30 % auf einen Teil des Gewinnes an. Hinzu kommen Teilprivatisierungen bei zwei der lukrativsten Staatsunternehmen, der Flughafenverwaltung und der Lotteriegesellschaft.<sup>39</sup> Im Interesse kurzfristiger Erlöse werden langfristige Einnahmemöglichkeiten verscherbelt.

<sup>36</sup> Vgl. <http://www.welt.de/wirtschaft/article11464435/Irisches-Parlament-beschliesst-historischen-Sparkurs.html> Vgl. Staatshaushalt Irlands betrug 2009 78 Mrd Euro; bis 2014 sollen 15 Mrd eingespart werden.

<sup>37</sup> Vgl. Dilema Veche, 6.8.2010, România Liberă 28.06.2010; <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1028&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr> ; <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/mann-stuerzt-sich-von-der-tribuene/>

<sup>38</sup> Vgl. Adevărul, 21.1.2011, Übersetzung eurotopics

<sup>39</sup> Vgl. <http://taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/zapatero-privatisiert-und-senkt-steuern/> ; Vgl. <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/noch-fuenf-jahre-dauerkrise/>

Befindet sich ganz Europa im neoliberalen Würgegriff? Beugt sich ganz Europa dem Washington und Brussel Consensus? Nein, im Südosten gibt es ein wachsendes Widerstandsnest - leider regiert von der rechts-nationalen Fidesz des Victor Orban in Ungarn.

Im Juli 2010 beschloss sie eine Bankensteuer in Höhe von 0,45 % der Bilanzsumme, die höchste der Welt (!) Eine Rentenreform soll die Privatrenten in das staatliche Rentensystem zurück führen. Sparmaßnahmen im Sinne des IWF werden neuerdings verweigert. Die Strafe folgt auf dem Fuße: Der IWF stoppte die Auszahlung einer Kredittranche von 5,5 Mrd. Euro und Moody's stufte Ungarns Kreditwürdigkeit Anfang Dezember herab, nun knapp vor Ramsch-Status.<sup>40</sup> Orban wird wegen seines Widerstandes gegen IWF- und EU-Kommando im eigenen Land als Held gefeiert. Die Regierung hat als nächstes eine Krisensteuer für Großunternehmen beschlossen, die nach Angaben der betroffenen Konzerne 1,3 Mrd Euro pro Jahr einbringen soll. Betroffen werden vor allem westeuropäische Konzerne wie EON, RWE, Telekom, Allianz, EnBW, OMV, die sich im Zuge der EU-Osterweiterung die strategisch wichtigen Sektoren angeeignet haben. Das sei eine ungerechte Belastung, beklagen die Konzerne in einem Hilferuf an die EU-Kommission: Die Maßnahmen liefen der

"Idee des Binnenmarktes, dem Prinzip der Rechtssicherheit und dem Schutz legitimer Erwartungen massiv zuwider. Sie zerstören jede Vertrauensgrundlage für künftige Investitionen."<sup>41</sup>

An der Aufregung gegen die Besteuerung derjenigen Unternehmen, die vor der Krise gute Gewinne erwirtschaftet haben, zeigt sich, dass es nicht allein darum geht, dass ein Land die Maastricht-Kriterien einhält, sondern es sind nur solche Maßnahmen erlaubt, die die Armen, Arbeitslosen, Rentner und Beschäftigten treffen. Es ist bitter feststellen zu müssen, dass sich sozialdemokratisch und sozialistisch nennende Regierungen widerspruchslos der neoliberalen Agenda fügen, während der Asterix gegen das Regime des Washington und Brussel Consensus eine nach außen nationalistisch, ja völkisch agierende und nach innen autokratische Regierung ist, die mit der offen rechtsextremen Jobbik kooperiert.<sup>42</sup>

## Wer rettet wen?

Bei der Beurteilung der getroffenen „Rettungs“maßnahmen sind folgende grundsätzliche Überlegungen wichtig: Den Schulden der einen Seite stehen immer Vermögen auf der anderen Seite gegenüber. Ein Kreditgeber (Gläubiger) erhält vom Schuldner das Versprechen auf einen Anteil an der zukünftigen Wertschöpfung, aus der die Rückzahlung wie Zins- und Zinseszins aufzubringen sind.<sup>43</sup>

Wie die Länderbeispiele oben gezeigt haben, werden die Bevölkerungen und Sozialstaaten durch die Rettungspakete nicht gerettet. Im Gegenteil. Ihre Teilhabe an der gesellschaftlichen Wertschöpfung wird durch Einkommenskürzungen und Privatisierungen beschnitten.

---

<sup>40</sup> Vgl. Ralf Streck, telepolis 7.12.2010

<sup>41</sup> Vgl. H.-W. Bein, M. Hesse, T. Öchsner u. M. Winter: Brief an die EU-Kommission Meuterei gegen Orban. Sueddeutsche Zeitung 02.01.2011

<sup>42</sup> Vgl. Christian Höller: Ungarns rechter Weg in die Pleite. In: ftd 22.7.2010

<sup>43</sup> Eine auch für Laien verständliche Einführung bietet: Wolfgang Eichhorn / Dirk Solte: Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick - Analyse - Ausblick. Bonn 2010 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).

Wem kommen die vielen Dutzend Mrd Euro zugute? Schaut man sich die Gläubiger der privaten und staatlichen Schulden an, so sind es innerhalb der Eurogruppe vor allem deutsche und französische Banken. Deutsche Banken gaben Portugal, Irland, Griechenland und Spanien Kredite in der Höhe von etwa 470 Mrd Dollar, französische Banken gaben der Ländergruppe knapp 500 Mrd Dollar. Irische Banken und Unternehmen - nicht der Staat - schulden deutschen Banken 100 Mrd Euro!<sup>44</sup>

„Lutz Raettig, Aufsichtsratschef von Morgan Stanley Deutschland und Sprecher der Frankfurter Banken, sagt: „Die Forderungen der deutschen Banken an Irland sind wichtig genug, um dem Land zu helfen.“<sup>45</sup>

Die irische Regierung wollte eigentlich kein Geld aus dem Rettungsfonds, sondern lieber ihre Banken in ein Insolvenzverfahren schicken. Dann aber hätten die Gläubiger der irischen Banken zumindest auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen. Bei der geringen Eigenkapitalbasis der Banken von nur etwa 1 : 50 im Verhältnis zu ihren Krediten bedeutet das, dass schon bei einer geringen Abwertung oder einem geringen Forderungsausfall die Bank pleite ist. Wir hätten in dem Fall endlich einmal erfahren, wie es um die deutschen Banken bestellt ist. Bei näherer Betrachtung verkehren sich die Rollen von Retter und Geretteten: Die irische Bevölkerung zahlt den Bailout für die Banken und die Bevölkerungen der Euro-Zone bürgen für die Kredite.

Wieslaw [Jurczenko](#) weist in einem aktuellen Aufsatz darauf hin, „dass die 115 Mrd. Euro an Forderungen deutscher Banken gegenüber den eigenen Zweckgesellschaften bestehen, die sie in den vergangenen Jahren in Irland gegründet haben, um von dort aus riskante Zocker-geschäfte in aller Welt zu unternehmen und sie auch noch aus ihren deutschen Bilanzen verschwinden zu lassen.“<sup>46 47</sup>

Die Öffentlichkeit, die für viele Milliarden bürgen soll, darf noch nicht einmal erfahren, welche Banken in welcher Höhe gegenüber welchen Schuldnern exponiert sind.

Die Kredite der Euroländer und des IWF retten aber auch die Einnahmen der deutschen und französischen Rüstungsindustrie. Frankreich und Deutschland knüpften die Notkredite für Griechenland an die Bedingung, die Rüstungskäufe fortzusetzen, Fregatten für 2,5 Mrd,

---

<sup>44</sup> Joachim Jahnke: global news 2204 18-11-10: Es geht nicht um die Rettung des Euro sondern weitere versteckte Subventionen für die Deutsche und andere Banken

<http://www.jjahnke.net/rundbr78.html#2210> „Rechnet man noch die Forderungen gegen Griechenland, Portugal und Spanien hinzu, so ergibt sich ein Forderungsbetrag allein der deutschen Banken von 394 Mrd Dollar oder 289 Mrd Euro (Abb. 16184). Die 14 großen, international tätigen deutschen Banken haben dagegen nur eine Eigenkapitalbasis von 170 Mrd Euro und viele wären wahrscheinlich pleite oder fast pleite schon wegen des Ausfalls auf Irland, wenn er denn eintreten sollte.“

<sup>45</sup> Lisa Nienhaus und Christian Siedenbiedel, Die List der deutschen Banken, FAZ 21. November 2010

<sup>46</sup> Wieslaw Jurczenko: Euroland in Bankenhand. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar 2011

<sup>47</sup> Zit. nach Werner Rügemer: Irland - Dead end der EU. In: Junge Welt, 15.12.2010  
<http://www.jungewelt.de/2010/12-15/023.php> In die gleiche Richtung äußert sich „ein neoliberaler Prediger wie Hans-Werner Sinn“: »Diese Aussage ist falsch, weil hinter dieser Zahl etwa 100 Milliarden Euro Ansprüche gegenüber eigenen Zweckgesellschaften der deutschen Banken stehen, deren Risiken mit der Bonität des irischen Staats und der irischen Banken nichts zu tun haben.« (Handelsblatt 29.11.2010)

Helikopter für 400 Mio und eine unbekannte Zahl an Kampfflugzeugen aus Frankreich; U-Boote für 1 Mrd Euro aus Deutschland. Außenminister Westerwelle verlangte von Griechenland, trotz Schuldenkrise den Eurofighter zu kaufen. Laut dem Stockholmer Sipri-Institut kamen zwischen 2004 und 2008 fast ein Drittel aller griechischen Waffenimporte aus Deutschland und nahezu ein Viertel aus Frankreich.<sup>48</sup>

Die Banken werden seit Ausbruch der Krise noch mit anderen Unterstützungsmaßnahmen bedient. Banken in der Euro-Zone erhalten bis Ende März 2011 die Möglichkeit, sich unbegrenzt und real zu Minus-Zinsen zu refinanzieren. Diese Möglichkeit haben sie kürzlich wieder genutzt: Sie deckten sich im Dezember bei der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Dreimonats-Krediten von 149,5 Mrd Euro ein zu einem Zinssatz von 1 %.<sup>49</sup> In den vergangenen 2 Jahren hat die EZB in Spitzenzeiten fast 900 Mrd Euro zur Verfügung gestellt. Dabei wurden die Anforderungen an die zu hinterlegenden Sicherheiten ständig gelockert. Wie die US-FED akzeptiert auch die EZB wertlose Papiere als Sicherheiten. Irische Banken hatten sich im September 2010 120 Mrd Euro bei der EZB geliehen. „Denn die irischen Banken wären sofort pleite, wenn sie statt der EZB-Kredite normale Marktzinsen bezahlen müssten. Immerhin liegt die Rendite für 10-Jahres-Anleihen der beiden größten irischen Banken derzeit bei 24 % bzw. 15 %.“<sup>50</sup>

Die verschuldeten "Staaten (müssen) den privaten Banken viel höhere Zinsen zahlen als die Banken bei einer öffentlichen Einrichtung, der EZB, für das Geld entrichten, das sie einer anderen öffentlichen Einrichtung, der Regierung, leihen. Das ist zwar pervers, doch die Finanzierung von Staatsausgaben durch Kreditaufnahme nicht bei Geschäftsbanken, sondern der EZB, ist den EU-Staaten untersagt. Es gibt die neoliberale Befürchtung, dass die Regierungen mit EZB-Hilfe die Geldmenge inflationär aufblähen.“<sup>51</sup>

---

<sup>48</sup> Vgl. Westerwelle vertraut Griechenland; Deutsche Welle 02.02.2010; Ftd 7.5.2010, <http://www.ftd.de/politik/europa/:grossabnehmer-paris-soll-griechen-hilfe-mit-waffendeals-verknuepft-haben/50111523.html?mode=print>

<sup>49</sup>Vgl. ftd, 22.12.2010

<sup>50</sup> Jahnke, global news 18.11.2010

<sup>51</sup> Elmar Altvater: Geordnete Insolvenz. Die nächste Welle, in: Der Freitag, 06.05.2010

## Scheinlösungen + Gelegenheit zum neoliberalen Durchmarsch

Thesen:

1. Die Strukturanpassungsprogramme werden die Wirtschafts- und Verschuldungskrise in den betroffenen Ländern verschärfen statt sie zu lösen.
2. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone, die eine Ursache der Krise sind, werden nicht behoben.
3. Die beschlossenen Maßnahmen blenden die tieferen Ursachen und Hintergründe der Krise aus. Die Erpressung durch die liberalisierten und deregulierten Finanzmärkte wird - trotz Fensterreden - seit Jahren nicht angegangen, sondern konserviert und verschärft, ebenso die Blasenbildung, die vom Finanzsektor auf die Staatsanleihen übergewälzt wurde.
4. Die EU-Länder stecken nicht mehr in der Krise als die USA. Indem das Treiben an den Finanzmärkten unangetastet bleibt, werden auch die Spekulationen gegen den Euro nicht unterbunden und wird der Dollarhegemonie der USA eine Atempause verschafft.
5. Die Einbeziehung des IWF verhilft der völlig delegitimierten Organisation zu einem Comeback.  
Der IWF war nach seinem unsäglichen Treiben in den Entwicklungs- und Schwellenländern in den 70er und 80er Jahren mit seinen Strukturanpassungsprogrammen völlig delegitimiert. Wer irgendwie konnte, hat sich seinem Würgegriff entzogen und Schulden zurückbezahlt, so dass der IWF vor ein paar Jahren fast pleite war; die Globalisierungskritiker jubelten schon über diesen Erfolg auch ihrer Aufklärung und Bewegung. Angela Merkel hat dafür gesorgt, dass der IWF bei den Kreditpaketen für EU-Länder mit im Boot ist.
6. Die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird ganz Europa einem Austeritätsregime unterwerfen, die Strukturanpassung a la IWF zum Dauerzustand erklären. Demokratische Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten werden weiter ausgehöhlt.
7. Das Produzieren von Sündenböcken, die Art und Bedingungen der Rettungsmaßnahmen sowie das Verhalten der deutschen Regierung dabei werden den europäischen Zusammenhalt weiter erodieren und den Zerfall der EU, der vorgeblich verhindert werden soll, beschleunigen. Die Tendenz zu rechts-nationalistischen Entwicklungen wird sich verstärken.

Ich werde im Folgenden auf einzelne Punkte genauer eingehen.

### Zu 1. Schocktherapien

Die immensen Kredite und die harten Sparmaßnahmen werden den Bevölkerungen gegenüber mit den Argumenten vertreten, die Länder kämen wieder auf einen soliden Pfad, sie könnten sich günstiger refinanzieren und stabilisieren, der Euro werde gerettet und damit die Zukunft Europas. Aus meiner Sicht können die getroffenen Maßnahmen keines der vorgeblichen Ziele erreichen. Sie werden weder den verschuldeten Ländern aus der Krise helfen noch weitere spekulative Attacken gegen den Euro verhindern. Die aufgelegten Sparpakete werden bestenfalls kurzfristig das Haushaltsdefizit senken.

Die Renditen für griechische Staatsanleihen und die Risikoaufschläge für Kreditversicherungen sanken nach der Kreditzusage nur kurzzeitig, um dann das alte Niveau fast wieder zu



erreichen. Spanien ist trotz harter Sparprogramme mit steigenden Zinsen konfrontiert. Die Ratingagenturen haben dabei eine perfekte Zwickmühle konstruiert: Bevor Spanien den harten Sparkurs einleitete, wurde ihm mit Abwertung des Ratings gedroht wegen eines wachsenden Haushaltsdefizits. Nachdem die erste Runde der Einschnitte daraufhin beschlossen war, rief dieselbe Ratingagentur, Spanien würge die Wirtschaft ab und müsse deshalb abgewertet werden.

Die Maßnahmen belasten einseitig die BürgerInnen, und vor allem die Armen, Arbeitslosen, und Rentner. Die Sozialstaaten Europas werden weiter demontiert, arbeitsrechtliche Errungenschaften geschleift. Die Krise wird dazu benutzt, mit der Verpflichtung auf Privatisierungen gesellschaftliches Eigentum zu verscherbeln. Für die 'Investoren' bietet sich die Gelegenheit, ihre wertlosen im Finanzkasino angehäuften virtuellen Werte in reale Werte zu transformieren.<sup>52</sup>

Im Falle Griechenlands ist nach 9 Monaten 'Rettung' schon zu beobachten, dass die Steuereinnahmen nicht so wie vorgesehen steigen und die Wirtschaft massiv einbricht (um 4,3 % in 2010; für 2011 zusätzlich -3,5 %). Dies nehmen IWF und EU zum Anlass, zusätzliche Sparmaßnahmen von 6 Mrd Euro in 2011 zu verlangen. 70 % des griechischen BIPs stammen aus dem privatem Konsum, der wird aber mit dem Sparprogramm abgewürgt, wenn die Menschen reale Einkommensverluste von 25 % hinnehmen müssen und die Arbeitslosenquote steigt (in 1 Jahr von 8,5 auf 12 %)<sup>53</sup> Der Einzelhandelsumsatz sank seit Ausbruch der Finanzkrise in 2008 um 27 %.

Um diese Zusammenhänge zu erkennen, muss man nicht Volkswirtschaft studiert haben..

Um die Schulden bezahlen zu können, also den Anspruch der Gläubiger auf die zukünftige Wertschöpfung bedienen zu können, wäre ein Wirtschaftswachstum nötig, dass in den Industrieländern nicht mehr erreichbar ist (in Irland z. B. 8 % jährlich) und ökologisch auch nicht wünschenswert ist.

Die EZB räumt in ihrem Monatsbericht vom März 2010 ein

„Selbst unter günstigen Annahmen wird es 20 Jahre dauern, bis die durchschnittliche Verschuldung in den Ländern der Eurozone auf ein Niveau fällt, das mit den Regeln des Stabilitätspaktes vereinbar ist.“<sup>54</sup>

---

<sup>52</sup> Vgl. folgenden Vorgang aus Portugal: Um die Verpflichtung gegenüber der EU-Kommission einzuhalten und die Neuverschuldung auf 7,3 Prozent zu senken, hat die Regierung die Pensionsfonds des halbstaatlichen Konzerns Portugal Telecom geplündert. Handelsblatt, 10.1.2011

<sup>53</sup> Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/politik/aerger-in-irland-angst-in-griechenland/2330406.html> 13.11.2010, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33102/1.html> ; Vgl. Nils Kadritzke, Griechenland - auf Gedeih und Verderb, LMD, Jan 2010, Vgl. <http://www.taz.de//1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/schock-ohne-wirkung/>

<sup>54</sup> Zit. nach Jahrzehnte für die Krise zahlen, SZ vom 12.03.2010  
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/461/505650/text/print.html>

## zu 2. wirtschaftliche Ungleichgewichte

Seit der Einführung des Euro als Bargeld bis zum zweiten Quartal 2010 gelang es der deutschen Exportwirtschaft, gegenüber den übrigen Euroländern einen Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 672 Milliarden Euro zu erreichen. Dieser Betrag entspricht faktisch einem Vermögenstransfer zugunsten der deutschen Exportindustrie. Wenn Frau Merkel immer hervorhebt, dass die EU keine Transferunion sei, so verschweigt sie diesen Teil des Finanztransfers zugunsten der deutschen Volkswirtschaft. Von diesem Vermögen kam jedoch bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nichts an. Deutschland ist das einzige Land der EU mit Reallohnverlusten in den Jahren 2000 - 2009. Waren 1995 15 % der Beschäftigten Geringverdiener betrug dieser Anteil in 2009 schon 21 %.<sup>55</sup> Deutschland ist auch eines der wenigen Länder der EU, die keinen Mindestlohn haben. Der in Deutschland viel gescholtene Euro erweist sich dabei als Schutzschirm der deutschen Exporte in die Eurozone. Ohne den Euro hätte die DM aufgewertet werden müssen, das hätte die Exporte verteuert und die Wettbewerbsposition der anderen Länder verbessert. Die neuen Regeln für die Euro-Zone verurteilen jedoch nur Leistungsbilanzdefizite, die durch Lohnsenkungen verringert werden sollen. Jedem Defizitsünder steht aber ein Überschusssünder gegenüber!

Heiner Flassbeck in seinem neuen Buch "Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts":

"Wenn der Gläubiger Deutschland die Rückzahlungsfähigkeit seiner Schuldner in Südeuropa systematisch untergräbt, indem er ihre relative Wettbewerbsposition permanent verschlechtert, wird er damit leben müssen, dass er auf faulen Krediten sitzen bleibt und dem Schuldner durch Stundung, verbesserte Zinskonditionen oder gar Schuldenerlass entgegenkommen muss, will er keinen Totalausfall seiner Vermögensansprüche riskieren."<sup>56</sup>

Das ist für die deutsche Bevölkerung dann doppelt bitter. Sie hat den Exportüberschuss mit Lohnsenkungen bezahlt und wird dann beim Umschulden ein zweites Mal zur Kasse gebeten.

## zu 3. Monster Finanzmärkte

Die frei um den Globus nach Rendite gierenden Billionen (vgl. Pyramide der Liquidität bei Jahnke) werden weder eingefangen noch kanalisiert. Mit der Zentralbankpolitik des billigen Geldes stellt man den Banken ohne Gegenleistungen Kredite zu faktisch null Prozent Zinsen zur Verfügung. Das Kasino und Spekulationskarussell kann also weiter laufen wie gehabt. Der neue Chef von Barclays drückt das unumwunden aus:

„Es gab eine Zeit der Reue und der Entschuldigungen für Banken, und ich meine, diese Zeit sollte vorbei sein. Nötig seien jetzt Banken, die Risiken eingehen ...“<sup>57</sup>

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, BIZ, warnte, die Situation im Sommer 2010 sei wieder genau so wie nach der Lehman-Pleite, die als Auslöser der ersten Krisenwelle gesehen wird. Schuld seien zu viel billiges Geld und fehlende Regulierungen. Das billige Zentralbankgeld verhindere notwendige Bilanzsanierungen der Banken, da Endloskredite die schlechte Lage überdeckten. Es entstünden „Zombiefirmen“.<sup>58</sup>

<sup>55</sup> Vgl. „Deutlich mehr Niedriglohnjobs“, in: Stuttgarter Zeitung 17.11.2010

<sup>56</sup> Zit. nach <http://www.verschuesse.de/anspruch-und-realitat/>

<sup>57</sup> Stg Zg, 13.1.2011

<sup>58</sup> Vgl. 29.6.2010 <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/banken-noch-immer-krank/>  
<http://www.ftd.de/politik/konjunktur/niedrige-leitzinsen-biz-warnt-vor-zombiefirmen/50135625.html>

Über Dark Pool Trading und Hochfrequenzhandel können über derivative Finanzinstrumente, gehebelt mit Krediten riesige Summen in Bewegung gesetzt werden und die Märkte können von wenigen Akteuren in die gewünschte Richtung getrieben werden.<sup>59</sup>

Ich möchte am Beispiel der CDS erklären, wie die Spekulanten im Verbund mit den Ratingagenturen die Situation erreichen, auf die sie spekuliert haben.

Eigentlich waren CDS als Versicherung gegen ein Ausfallrisiko - zum Beispiel die Rückzahlung einer Staatsschuld - gedacht. Der Handel der Papiere wird dominiert von wenigen Brokern: Citigroup, JP Morgan Chase, Deutsche Bank, Goldman Sachs und UBS. Sie legen auch die Preise fest, abhängig vom geschätzten Ausfallrisiko. Man kann CDS aber kaufen, ohne dass man tatsächlich die entsprechenden Staatspapiere besitzt. Die höhere Nachfrage nach CDS suggeriert den sog. Märkten ein höheres Risiko, und zwar unabhängig davon, ob ein Staat seine Zinszahlungen bedient oder nicht. Wenn die Aufschläge für CDS für ein Land stark steigen, sehen sich die drei privaten US-amerikanischen Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor und Fitch berechtigt, die Kreditwürdigkeit des Staates herabzustufen und lösen damit gerade jenen Anstieg der Zinsen aus, auf den die Spekulanten gesetzt haben. Die Computer-Algorithmen lösen beim downgrading eine automatisierte Verkaufswelle bei den sog. Institutionellen Investoren aus (Lebens- und private Rentenversicherungen, Investmentfonds).

Es sind die Spekulationen mit den CDS, die die Refinanzierungskrise Griechenlands mit ausgelöst haben. Und die Spekulanten haben damit in wenigen Monaten 500 % Rendite erzielt, nach Jochen Sanio, dem Chef der Aufsichtsbehörde Bafin. Das Volumen der CDS-Papiere stieg von Mai 2009 bis Mai 2010 deutlich an, für

Irland	von 21 auf 33
Portugal	von 22 auf 55
Griechenland	von 38 auf 75
Spanien	von 22 auf 102 Milliarden US-Dollar. <sup>60</sup>

Einen anderen Grund, warum die Renditen und Risikoaufschläge für Staatsanleihen steigen, nennt Sebastian von Koss, Anleiheanalyst bei HSBC Trinkaus.:

"Schon im vergangenen Jahr kamen Anleihen der Euro-Randländer vor Auktionen unter Druck. Investoren verkauften die Papiere, um in ihren Depots Platz zu schaffen - und gleichzeitig die Renditen für den Neueinstieg höherzutreiben."<sup>61</sup>

Eine wirksame Re-Regulierung der Finanzmärkte fand auf europäischer Ebene bislang nicht statt. Man hat ein bisschen Symbolpolitik betrieben.

Indem die Staaten die Spekulationsschulden der Banken übernehmen, wird die Kreditblase von den Banken auf die Staaten übertragen. Diese Blase bei den Staatsanleihen wird möglicherweise in 2011 platzen. Die „europäischen Staaten, Banken und Unternehmen haben in diesem Jahr einen gigantischen Finanzierungsbedarf von 2,4 Billionen Euro [...] - 40 Prozent mehr als 2010“<sup>62</sup>, davon entfallen etwa 1,5 Billionen auf 6 Euro-Staaten. Woher sollen aber die

<sup>59</sup> Vgl. Elke Schenk „Schwarze Löcher des Finanzsystems“; E-Mail 9.8.2010

<sup>60</sup> Vgl. Grafik in der Stuttgarter Zeitung vom 25.11.2010; nach Quellen der BIZ und DTCC

<sup>61</sup> Portugal schürt neue Nervosität an den Märkten. In: Handelsblatt, 10.1.2011

<sup>62</sup> Christoph B. Schiltz: Eurorettung wird Deutschland epochal verändern. In: Die Welt 3.1.2011  
<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article11951563/Euro-Rettung-wird-Deutschland->

Gelder (Ersparnisse) in dieser Höhe kommen, wenn die Bevölkerungen mit erheblichen Reallohnverlusten konfrontiert sind?

Wahrscheinlich werden die wirtschaftlich schwachen Euro-Staaten im Kampf um Investoren und im Wettbewerb um Kapital Risikoprämien zahlen müssen, die mittelfristig für sie unbezahlbar sind. Damit rückt eine Staatspleite und in der Folge ein sog. Haircut, eine Umschuldung mit Gläubigerverzicht - von 40 - 50 % - näher.

Wer ist dann dran?

Variante 1: Für die neuen Kredite werden die Bürgschaften der Eurostaaten fällig, da die EFSF, wie oben dargestellt, ein nachrangiger Gläubiger ist. Für die ausfallenden Beträge haften die Steuerzahler komplett, zumal ja der Privatsektor, also die Anleihenbesitzer, bestenfalls für Anleihen, die nach Juni 2013 aufgelegt werden, an Verlusten beteiligt werden soll.<sup>63</sup> Sofern die EFSF alte Anleihen der Investoren (Pensionsfonds, Lebensversicherungen) übernimmt, erstreckt sich die Haftung der Steuerzahler auch darauf.

Variante 2: Falls die Variante 1 politisch nicht durchsetzbar ist, sind von der Entwertung ihrer Geldanlagen alle bedroht, die in angeblich krisenfesten Rentenpapieren investiert sind, z. B. über Lebensversicherungen, Investmentfonds mit hohem Rentenanteil, private Rentenversicherungen, Riester-Sparer. Die großen Player, die ihr Kapital in Sekundenbruchteilen verschieben, haben ihr Vermögen dann schon in Sicherheit gebracht.

Man muss in Betracht ziehen, dass ein Ziel der sog. Rettungspakete ist, die Kleinsparer so lange wie möglich ruhig zu halten und zu verschleiern, dass ihr »Vermögen« sich in Luft auflöst.

Recht unverblümt hat Gerd Häusler, der damalige Direktor der Abteilung Internationale Finanzmärkte beim IWF, das schon vor fünf, sechs Jahren geäußert. Im Zusammenhang mit der Abkehr vom Umlageverfahren bei der Rente hin zur privaten Absicherung, die von der Entwicklung der Finanzmärkte abhängt, sieht er nicht nur einen „transfer of financial risk from financial institutions to households, [...] a shift of risk from professional investors to those whose only investment may be small financial holdings or a mortgage“,<sup>64</sup> sondern auch den Vorteil, dass die in Verruf geratenen Finanzmärkte durch das Engagement der Kleinanleger ihre **Unschuld** („virtue“) wiedergewinnen könnten! Die Rolle der Privathaushalte bestehe zudem darin, als **„shock absorber of last resort“**<sup>65</sup> zu dienen. Als Kleinanleger und Uninformierte auf die private Alterssicherung und den Erfolg an den Finanzmärkten zu setzen, vergleicht Häusler mit einem Faustischen Pakt:

„the household sector is invited in to participate in the search for yield, to enhance their returns in whatever way [...]. But the `dark side` of such a pact is, of course, to be included in the risk sharing as well; visible only when asset prices start to fall significantly and **Mephisto asks for his side of the bargain to be fulfilled.**“<sup>66</sup>

---

[epochal-veraendern.html](#) (mit interessanten Diagrammen zu wichtigen Daten und Verschuldung der einzelnen EU-Länder.

<sup>63</sup> Vgl. die Pläne der EU-Kommission dazu in:

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/bankenrettung-glaebiger-sollen-fuer-pleiten-zahlen;2725110> Handelsblatt 6.1.2011

<sup>64</sup> Gerd Häusler: The Risks of Investor Ignorance. In: Financial Times, January 28, 2005

<sup>65</sup> Häusler, Investor Ignorance, a.a.O.

<sup>66</sup> Gerd Häusler, Press Conference on the Global Financial Stability Report, Bank of England, London, April 11, 2006, Transkript. <http://www.imf.org/external/np/tr/2006/tr060411.htm> (Abruf 15.2.2011). Wobei Häusler sich weniger um die um ihre Einlagen Betrogenen sorgt als darum, auf

Was das konkret bedeutet, formuliert Alan Wood vom The Australian so:

**"In Faust's case he was to surrender his soul to the Devil. In the case of households it is their wealth and retirement income prospects that might suddenly go to hell."**<sup>67</sup>

#### **zu 4. IWF + Geostrategischer Kontext**

Die Euro-Krise kann m. E. nicht verstanden werden, ohne die globale Machtverschiebung zu Ungunsten der USA zu berücksichtigen und das Ziel, die gefährdete Dollarhegemonie mit aller Macht zu erhalten. Seit einigen Jahren steht die Rolle des US-Dollar als Weltleitwährung unter Druck, der Euro ist der Hauptkonkurrent. Die massive Verschuldung der USA hätte schon längst zu einem Downgrading führen müssen, was die Wechselkurse des USD ins Bodenlose hätte fallen lassen. Zu diesem Themenkomplex seien hier nur ein paar Zitate angeführt.

"Der Euro ist primär keine ökonomische Angelegenheit. Das glauben doch nur Geldpolitiker. Der Euro ist eine strategische Veranstaltung. Er ist Teil des Aufbaus Europas in Etappen." (Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, 1997)

„Zum Sturz einer bestehenden Gesellschaftsordnung, gibt es kein besseres Mittel als die Ruinierung ihrer Währung.“ (der britische Ökonom John Maynard Keynes)

„Hier wird von Spekulanten ein Angriff gegen die Euro-Zone geführt.“ (Jochen Sanio, Chef der BaFin, In: Spiegel online, 5. Mai 2010)  
Sanio spricht von 2stelligen Billionensummen!

»CDS sind wahrscheinlich die wichtigsten Finanzinstrumente überhaupt - sie haben es möglich gemacht, dass die US-Banken ihre Risiken auf stabile amerikanische und internationale Institutionen verteilen konnten«  
(Der frühere Notenbankchef Alan Greenspan im Mai 2006)

Das Wall Street Journal berichtete<sup>68</sup>, dass sich am 8.2.2010 verschiedene Hedge-Fonds abgestimmt hätten, um die Schwäche Griechenlands für einen Angriff auf den Euro zu nutzen. Beim Dinner sollen in Manhattan Vertreter unter anderem von SAC Capital, Soros Fund Management und Brigade Capital dabei gewesen sein.

Die Griechenland-Krise brach aus, nachdem der Euro Anfang 2010 sich auf einem neuen Höhenflug befand und schon über 1,45 im Vergleich zum USD erreicht hatte. Die Irland-Krise brach in dem Moment aus, als die FED im November 2010 ankündigte, zusätzlich 600 Mrd US-

---

dem europäischen Kontinent könnten solche Erfahrungen zu einer Abkehr vom Kasino führen.

<sup>67</sup> Alan Wood: A Pact with the Devil. In: The Australian 15./ 16.4.2006. [http://www.gold-eagle.com/editorials\\_05/swagell050406.html](http://www.gold-eagle.com/editorials_05/swagell050406.html) (Abruf 15.2.2011)

<sup>68</sup> Vgl. Hedge Funds Try 'Career Trade' Against Euro. Wall Street Journal 26.2.2010  
...[http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703795004575087741848074392.html?mod=WSJEUROPE\\_hpp\\_LEFTTopStories](http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703795004575087741848074392.html?mod=WSJEUROPE_hpp_LEFTTopStories)

Dollar ins Finanzsystem zu pumpen, und die Sorge vor einem Werteverfall des USD gegenüber dem Euro an den Finanzmärkten wuchs.

## **Zu 6. Neoliberaler Durchmarsch statt Demokratie**

Die europäische Exekutive im Verbund mit den nationalen Exekutiven (Finanzministern, Regierungschefs) greift noch weiter in die nationalen Legislativrechte (Haushaltsrecht als Königsrecht des Parlamentes) ein; eine weitere Entfernung vom Prinzip der Gewaltenteilung findet statt.

Alle sogenannten Rettungsmaßnahmen werden im Schweinsgalopp beschlossen; demokratische Verfahren, die breite Debatte und Beteiligung der Parlamente werden umgangen, die Regierungen agieren in Nacht- und Nebelaktionen am Wochenende unter dem Diktat der Finanzmärkte. Die Höhe und Empfänger der Geldflüsse bleiben den Parlamentariern und der Öffentlichkeit gegenüber verborgen. Die aufgetürmten Verpflichtungen werden in Schattenhaushalte ausgelagert, um den BürgerInnen später die Rechnung zu präsentieren. Nach Ansicht eines aktuellen Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages im Auftrag der FDP verstößt die mit einfacher Mehrheit beschlossene Übernahme von Bürgschaften in Höhe etwa der Hälfte des Bundeshaushaltes im Rahmen des Euro-Rettungsschirms gegen verfassungsmäßige Rechte des Parlamentes.<sup>69</sup> Aktuell wird Portugal einer harten Konditionalität unterworfen, die unabhängig vom Ausgang der kommenden Wahlen einzuhalten ist.

Auch die nicht unter einer Refinanzierungskrise leidenden Staaten Europas werden unter ein Austeritätsregime ohne Gnade gezwungen. Die sogenannte Euro-Krise wird dazu benutzt, die Strukturanpassung a la IWF als Dauerzustand zu etablieren.

Als Hauptursache der Schuldenkrise gilt auf Regierungsebene in der EU eine unsolide Haushaltspolitik, und zwar insbesondere bezogen auf die Sozialausgaben. Entsprechend setzen die Beschlüsse zum Europäischen Semester und die Pläne zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes dort an. Zur geforderten Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wird konkret auf die Senkung der Lohnstückkosten und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters abgehoben. Im Endeffekt wird das auf eine Beschleunigung des Lohnkostensenkungswettlaufs hinauslaufen. Die Erosion der Staatseinnahmen im Zuge des Standortwettbewerbs, dem sich die Staaten durch die europäischen Verträge unterworfen haben, wird nicht in Frage gestellt. Die einseitige Ausrichtung auf neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik kriminalisiert gesellschaftliche Alternativen.

---

<sup>69</sup> Vgl. Joachim Jahnke: Garantien von 147 Mrd Euro für den Eurorettungsfond wären ohne 2/3-Zustimmung des Bundestags verfassungswidrig. In: global news 2303 17-02-11  
<http://www.jjahnke.net/rundbr81.html#2303>

## Pro-europäische und emanzipative Lösungsansätze

Als Auswege aus der Schuldenfalle, den Fängen der entfesselten Finanzmärkte sowie der neoliberalen Folterinstrumente sind radikal-emanzipative, pro-europäische Maßnahmen not-wendig und möglich. Die folgenden Vorschläge stammen z. T. vom wissenschaftlichen Beirat von Attac, von Martin Zeis, Diskussionen im Rahmen der Globalcrisis-Gruppe, eigenen Ideen und der Geschichte. Das Leitmotiv entnehme ich einem Artikel von Joseph Stiglitz zum neuen Jahr 2011:

„Wir hören nicht mehr auf die selbst ernannten Finanzmagier, denn die haben uns diesen Schlamassel eingebrockt. Wir sollten vielmehr unseren gesunden Menschenverstand benutzen: Wenn es schmerzhaft wird, dann sollte der Großteil des Schmerzes von denjenigen ertragen werden, die für die Krise verantwortlich sind, und von denjenigen, die von der Blase vor der Krise am meisten profitiert haben.“<sup>70</sup>

1. **„Rückholung leistungsloser, [...] im Zuge des bestehenden Zins-/Zinseszins-Systems“**, der Lohnzurückhaltung sowie der Deregulierung und Privatisierung innerhalb der letzten 20 Jahre der Allgemeinheit entzogenen **Vermögen incl. eines Lastenausgleichs**, den die oberen 10 % zu zahlen haben durch eine entsprechende Steuerpolitik.<sup>71</sup>

Dazu gehören:

- Progressive Einkommenssteuer (bis 80%) bei steuerlicher Entlastung der unteren/mittleren Lohn Einkommen, kleinen/mittleren Betriebe
- Ein Erbschaftssteuersatz von 20 - 50 % (USA-Satz) mit „Häuslebauer“-Freigrenzen, der lt. Martin Zeis zusätzliche Steuereinnahmen von 40 - 100 Mrd. Euro pro Jahr erbringen würde;
- „Lastenausgleich einleiten - Vermögenserhebung der oberen 10 Prozent (ca. 4 Billionen Euro Zuwachs die letzten 10 Jahre) - Abgabensatz z. B. 20 % auf den derzeitigen Marktwert, abzählbar in 10 Jahresraten = 80 Mrd. Euro pro Jahr“;<sup>72</sup>

2. **Scharfe Kontrolle der Finanzmärkte; Aufhebung der Kapitalverkehrsfreiheit**, um Kapitalabflüsse zu verhindern und Vermögenswerte zu sichern, - im EU-Raum leicht umzusetzen über die Clearingstellen Euroclear und Clearstream;  
Dazu gehören: die „Einführung strengster Kapitalverkehrskontrollen (über Nacht,

<sup>70</sup> Vgl. <http://www.ftd.de/politik/international/:top-oekonomen-joseph-e-stiglitz-zeit-fuer-ein-finanzielles-grossreinemachen/50211347.html?page=2>

<sup>71</sup> Bzgl. der Punkte 1, 2, 3, 6 und 8 übernehme ich die Vorschläge von Martin Zeis in seinem Vortrag zum Thema „Krise - Wege aus der Krise“, gehalten am 11.06.2010 im Clara-Zetkin-Haus, Stuttgart

<sup>72</sup> Wen die steuerlichen Maßnahmen erschrecken, der schaue sich den zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise von Roosevelt eingeleiteten New Deal an:

Der Spitzen-Einkommensteuersatz stieg in der ersten Amtszeit Roosevelts auf 63 und in der zweiten auf 79 Prozent. Als die Vereinigten Staaten Mitte der fünfziger Jahre vor den Ausgaben des Kalten Krieges standen, stieg er auf 91 Prozent. Die durchschnittliche Bundessteuer auf Unternehmensgewinne stieg von weniger als 14 Prozent im Jahr 1929 auf über 45 Prozent im Jahr 1955. Der Spitzen-Erbschaftssteuersatz stieg von 20 auf 45, dann auf 60, später auf 70 und schließlich auf 77 Prozent.

Die Folge: Die reichsten 0,1 Prozent der Amerikaner verfügten 1929 über mehr als 20 Prozent der Vermögen des Landes, Mitte der fünfziger Jahre dagegen nur noch über etwa 10 Prozent.

[http://www.meudalismus.dr-wo.de/html/new\\_deal - krugman.htm](http://www.meudalismus.dr-wo.de/html/new_deal - krugman.htm)

ankündigungslos) im EU-Raum"; ein „sofortiges Verbot aller Spekulationsgeschäfte auf Währungen, Staatsanleihen, Unternehmensanleihen, Grundnahrungsmittel, strategische Rohstoffe", eine „Insolvenzquarantäne des Casinobereichs, der von einer internationalen Kommission (z. B. über die UNCTAD) abzuwickeln wäre"; die sofortige Schließung von Schattenfinanzplätzen / Steueroasen

### 3. **Sicherstellung der Refinanzierung der Staaten,**

dazu gehören, über die in Punkt 1 genannten Steuermaßnahmen hinaus:

- „Die EZB ist s o f o r t berechtigt [...] an EU-Länder Niedrigstzins-Kredite (0,2 - 0,5 %) zu vergeben mit Rückzahlungs-Moratorium und Laufzeiten 10 Jahre + x";
- „Sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene in Höhe von z.B. 2 Prozent"
- „sofortige Ächtung der Ratings von Fitch/Moodys/S&P; Einrichtung von öffentlichen, unabhängigen Ratingagenturen im EU-Raum";

### 4. Unabhängig von den bisherigen Punkten ist zu realisieren

der **Aufbau eines alternativen, kooperativen, non-profit-orientierten genossenschaftlichen Versorgungsnetzwerkes**, um

- a) die Versorgung zu gewährleisten,
- b) die eigenen Finanzmittel dem globalen Finanzmarkt zu entziehen und
- c) sich der Zwängerei durch den EU-Vertrag zu entziehen, solange er nicht revidiert ist.

In dieses Netzwerk gehören mindestens: Banken, Wohnung, Landwirtschaft und Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Energie.

### 5. Es gilt für europaweit tätige Konzerne: **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**, um die

unheilvolle Konkurrenz der Beschäftigten gegeneinander im Binnenmarkt auszuschalten. Es werden europaweite Mindestlöhne auf dem Niveau eines Hochlohnlandes (Bsp. Frankreich) eingeführt. Solange die Konvergenz des Lebenshaltungsniveaus noch nicht hergestellt ist, müsste ein Ausgleichsmechanismus vorgesehen werden. Die von einem transnationalen Unternehmen über das örtliche Lohnniveau hinaus zu zahlenden Beiträge wären für gemeinwohlorientierte Aufgaben vorzusehen (z. B. einen sozial verträglichen ökologischen Umbau oder andere wichtige Zukunftsaufgaben).

### 6. Die EU-Staaten schaffen einen **Mechanismus zum Ausgleich der Leistungsbilanz-**

**ungleichgewichte**, ein Problem, das seit Begründung des gemeinsamen Marktes Mitte der 50er Jahre wegen deutschen Widerstands nicht gelöst worden ist. Es bietet sich an, das von Keynes ausgearbeitete Modell der Einrichtung eines Bancor-Verrechnungssystems einzuführen (vgl. die Vorschläge in Bretton Woods 1944).

### 7. Die **vertragliche Grundlage der EU** ist dergestalt zu **ändern**, dass die Grundfreiheiten

des Binnenmarktes (freier Kapital-, Waren-, Dienstleistungsverkehr und Niederlassungsfreiheit) nur dann in Anspruch genommen werden dürfen, wenn nicht übergeordnete demokratische, soziale, ökologische oder wirtschaftspolitische Ziele dem entgegen stehen. Der Vorrang für gemeinnützige, dem Gemeinwohl verpflichtete wirtschaftliche Tätigkeiten ist vorzusehen. Eine Privatisierung öffentlichen Eigentums ist verboten.

### 8. **Eine neue Finanzarchitektur**

dazu gehören:

- eine Abkehr von der Wachstumslogik und der Orientierung an virtuellen Werten, an



### Scheininnovationen und Scheinwertschöpfung

- die „Etablierung eines Systems fester Wechselkurse unter den fünf Hauptwährungen unter Einbeziehung der 30 wichtigsten Rohstoffhandelswaren, zur Not ohne die USA“;
- die „Beseitigung des Kreditgeld-Schöpfungssystems der Banken“, um die unkontrollierte Entstehung von „Schwellgeld“ (Dirk Solte) und Blasen zu vermeiden,
- die Begrenzung der Größe von Banken und neue Formen der öffentlichen Kontrolle
- Steueroasen und andere Formen von Schattenfinanzsystemen (Hochfrequenzhandel, Dark-Pool-Trading) schließen
- ein neuer Umgang mit Geld und Kredit;

9. Wenn wir die Punkte 1 - 8 umsetzen, kommen wir auch der Lösung der entscheidenden Krise näher, wie Carl Amery sie definiert::

„Die entscheidende Krisenfrage des anhebenden Jahrhunderts lautet also: Kann der Mensch seine Errungenschaften überleben? Die künftige Bewohnbarkeit des Planeten steht ernsthaft in Frage. Alle größeren und kleineren Unpässlichkeiten, die sich unterhalb oder vorderhalb dieser Krisenfrage bemerkbar machen, sind zweit- und drittrangig. Und sie bleiben unbehandelbar, wenn sie nicht auf ihren Zusammenhang mit der Zentralkrise untersucht werden. Erste Priorität müsste sein, **„politisch und sozial tragbare Schrumpfungsmodele“ zu entwickeln**. Was darunter bleibt, ist Leben hin zum Tode.“<sup>73</sup>

Seit Fukushima wissen wir alle, was gemeint ist.

---

<sup>73</sup> Carl Amery: An den Bundespräsidenten. In: ders. (Hrsg): Briefe an den Reichtum. München 2005, S. 259 f